

SPD für mehr Ranger im Kreis

In Naturschutzgebieten achten sie darauf, dass die Menschen, die es in der Freizeit in die Natur zieht, sich an die Regeln halten. Der Nabu warnt, dass zwei Mitarbeiter nicht reichen, um die Aktivitäten zu kontrollieren

Von Susanne Zimmermann

Kreis Wesel. Zwei Ranger des RVR sind seit 2019 im Kreis Wesel unterwegs: In Naturschutzgebieten achten sie darauf, dass die Menschen, die es in der Freizeit in die Natur zieht, sich an die Regeln halten. Das ist ein Erfolgsprojekt, doch reichen zwei Fachleute für den ganzen Kreis? Die SPD würde gern aufstocken, während das Jamaika-plus-Bündnis noch zögert. Nach einiger Diskussion einigte sich der Umwelt- und Planungsausschuss des Kreises jetzt darauf, die Möglichkeit einer Aufstockung prüfen zu lassen. Mit dem Antrag war die SPD einer Forderung des Nabu gefolgt, dessen Vorsitzenden Peter Malzbender der Ausschuss dazu eingeladen hatte, sein Anliegen vorzutragen.

„Unsere Biodiversität geht den Bach herunter“

Peter Malzbender

Der Vorsitzende des Naturschutzbundes im Kreis Wesel fordert kreisweit mindestens sechs Ranger, die in den Naturschutzgebieten nach dem Rechten sehen.

Wie zwei Polizisten für eine Stadt

Das tat er denn auch mit Nachdruck: 180 Quadratkilometer Schutzgebiete müssten betreut werden, so Malzbender – mit nur zwei Rangern. „Das ist, als ob man nur zwei Polizisten in einer großen Stadt hätte“, sagte er. Und lobt die beiden Ranger, seit sie unterwegs seien, habe sich einiges getan. Rund 18 Prozent geschützte Flächen hat der Kreis Wesel, „nur fünf Prozent verdienen diesen Status“, kritisiert Malzbender.

Folge der Tourismusförderung sei ein erhöhter Druck auf die Natur, Menschen aus der ganzen Region und dem Ruhrgebiet streben im Kreis Wesel ins Grüne. „Unsere Bio-



Ulrich Gräfer (links) und Dirk Bruszies sind Ranger beim Regionalverband Ruhr – hier unterwegs am Rhein.

FOTO: LARS FRÖHLICH / FFS

diversität geht den Bach herunter“, warnt der Nabu-Vorsitzende. Zwei Ranger reichten nicht aus um die teils „unsäglichen Freizeitaktivitäten“ zu kontrollieren. Kite-Surfer, die brütende Vögel in einem Voerder Naturschutzgebiet vertrieben, nennt er als Beispiel. Sportfischer, die kreuz und quer durch die Aue gingen, Hundebesitzer, Quadfahrer, ganze Familien, die sich im Uferbereich zum Picknick niederlassen – seine Liste ist lang.

Malzbender: „Keine Befugnisse“

Zwar seien die Landschaftswächter eine gute Unterstützung, sie haben aber keine Befugnisse. Malzbender

forderte mindestens sechs Ranger, eine Task force.

Rangerin Juliane Saebel berichtete von der Arbeit, die sich vornehmlich im Orsoyer Rheinbogen, den Naturschutzgebieten Kaninchenberge, Dingdener Heide und den Auebereichen abspielt. Das Rangerteam des RVR hatte in 2019 1.273 Bürgerkontakte, in 2020 waren es 3.647. Die Ranger waren unterwegs in Rhein- und Lippeaue, den NSG „Dingdener Heide“, „Kaninchenberge“ und „Drevenacker Dünen“, ein Schwerpunkt lag im Orsoyer Rheinbogen.

Besonders an warmen sonnigen Nachmittagen sei der Druck hoch.

Beispielsweise zählte man 2020 an einem Regentag 62 Besucher am Orsoyer Rheinbogen, an Sonntagen bis zu 1600. Nach zwei Jahren sei die Anspannung gesunken: „Wir führen mehr Gespräche, die Menschen suchen teils den Kontakt zu uns“, berichtet sie. Die Ranger sind für 64 Tage im Jahr gebucht. Saebel zieht eine positive Bilanz – allein in diesem Jahr gab es bereits mehr als 2500 Kontakte an 51 Tagen. Auch in kritischen Bereichen seien die Ranger inzwischen akzeptiert.

Die CDU zögert noch

Trotz der guten Bilanz zögert die CDU, einer Ausweitung zu zustimmen.

men. Arnd Cappell-Höpken argumentierte, die Biologische Station im Kreis Wesel halte die Situation für auskömmlich. Die Grünen wollen erst bei den nächsten Haushaltsberatungen entscheiden, so Helga Franzkowiak, weil eine Erweiterung natürlich mit Kosten verbunden sei. Während die SPD ursprünglich beantragt hatte, über „eine Verdopplung der erfolgreichen Ranger-Einsätze“ zu verhandeln, einigte man sich auf den Kompromiss, eine Erweiterung zu prüfen. Zusätzliche Einsatzorte zu identifizieren, wie die Sozialdemokraten beantragt hatten, lehnte das Jamaika-plus-Bündnis als verfrüht ab.